

A n t r a g

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Thüringer Bildungswesen verankern

- I. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 1. das Thema "Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt" in der Aus- und Fortbildung von Thüringer Lehrkräften und Thüringer Erzieherinnen und Erziehern durch die verpflichtende Teilnahme an Modulen in der universitären Lehramtsausbildung, der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung sowie durch das verstärkte Angebot von berufsbegleitenden Fortbildungen für Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher zu verankern,
 2. das Thema "Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt" in Form von Lerninhalten und Lernmodulen in den Thüringer Lehrplänen als Querschnittsthema in den Fächern und allen Klassenstufen zu implementieren und bei der derzeitigen Erarbeitung des Thüringer Bildungsplanes von 0 bis 18 Jahre hinreichend zu berücksichtigen sowie die Richtlinien zur Sexualerziehung zu überarbeiten,
 3. mit den Schulbuchverlagen ins Gespräch über eine Überarbeitung der in Thüringen verwendeten Schulbücher zu treten und die in Thüringen verwendeten Lern- und Lehrmaterialien bezüglich der Verankerung des Themas "Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt" zu überarbeiten,
 4. in den einzelnen Schulamtsbereichen jeweils ein systematisches Beschwerdemanagement in Bezug auf Diskriminierung in der Schule aufzubauen, Beratungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte zu schaffen und den Schulen sowie den Schülerinnen und Schülern und den Eltern öffentlich bekannt zu machen,
 5. ein landesweit agierendes Projekt zu initiieren, welches Schulen bei ihrem Weg zu mehr Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie bei ihrer Arbeit gegen Homo- und Transphobie unterstützt, sowie Schulen begleitet, dieses Thema verstärkt in den Unterricht einzubetten und durch Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Dieses Projekt soll in einem Thüringer Landesprogramm gegen Homo- und Transphobie eingebettet sein.

Begründung:

Anfeindungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen und intersexuellen Menschen (LSBTI) im Schulalltag sind Realität. Umfragen zufolge werden LSBTI-Jugendliche an den Schulen bezüglich ihrer geschlechtlichen und sexuellen Identität wenig unterstützt, stattdessen erleben sie Vorurteile, Diskriminierungen und Mobbing. So belegt eine

Studie der Humboldt Universität Berlin aus dem Jahr 2012 insbesondere den großen Einfluss von Lehrkräften auf das Verhalten von Schülerinnen und Schülern. Je mehr die Schülerinnen und Schüler über sexuelle Identitäten wissen und je häufiger dies im Unterricht thematisiert wird, desto höher ist die Akzeptanz und Solidarität der Jugendlichen. Auch der diesjährige Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu Diskriminierungen im Bildungsbereich und Arbeitsleben zeigt diesbezüglich große Defizite auf.

Mit der allgemeinen Zuweisung zu einem biologischen Geschlecht entstehen in unserer Gesellschaft Erwartungen bezüglich eines geschlechterdifferenzierten Rollenverhaltens. Vorstellungen darüber, wie sich ein Geschlecht zu benehmen hat, was dieses zu benötigen hat, entnehmen wir gesellschaftlichen Normen und machen diese fest an Kleidung, Frisur, Gestik, Schmuck, Berufen oder Sprache. Verstöße und Abweichungen von dieser Norm werden dagegen als Andersartigkeit gesehen - etwa wenn ein Mensch sich scheinbar nicht geschlechtskonform verhält.

Viele Schülerinnen und Schüler beugen daher Diskriminierungen vor, indem sie sich nicht outen. Zudem ist eine mangelnde Sensibilität bei Lehrkräften für das Thema zu konstatieren. Das Verhalten von Akteurinnen und Akteuren in Bildungseinrichtungen bezüglich geschlechtlicher und sexueller Vielfalt ist Ausdruck dafür, wie Schulen und Kindertagesstätten generell mit Heterogenität und Diskriminierungen umgehen. Die Entscheidung, ob und wie Geschlecht und Sexualität in den pädagogischen Kontexten thematisiert wird, hängt stark von der Ausbildung und Sozialisation der Lehrkräfte und der Erzieherinnen und Erzieher ab. Lehrkräfte werden durch fehlende Rahmenbedingungen in Thüringen zusätzlich verunsichert. So gibt es im Thüringer Schulgesetz bisher keine Vorschläge, wie Vielfalt in der Schule adäquat umgesetzt werden kann. Die Thüringer Richtlinien zur Sexualerziehung sind zudem stark überarbeitungswürdig. Zu diesem Fazit kam die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung bereits im Jahr 2004. Demnach werde in diesen Richtlinien eher die "Unterschiedlichkeit der Geschlechter" herausgestellt.

Hinzu kommt, dass Unterrichtsmaterialien von heterosexuellen Lebensformen, klaren Rollenaufteilungen und stereotypisierten Darstellungen von Geschlecht geprägt sind. Das bestätigt die Schulbuchanalyse "Geschlechterkonstruktionen und die Darstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen und Intersexuellen in Schulbüchern" im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) von 2012.

Um den genannten Defiziten zu begegnen, benötigen wir Strategien und Maßnahmen, wie wir sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Thüringer Bildungswesen fördern und besser verankern können. Die Politik ist deshalb aufgefordert, ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um diesbezüglich gemeinsame Veränderungen anzustoßen. Das fängt mit der Änderung von Rahmenbedingungen für die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie Erzieherinnen und Erziehern an und geht mit dem Sichtbarmachen von Vorbildern sowie der Überarbeitung von Lehrplänen und Schulmaterialien weiter. Ein weiterer Aspekt liegt in der Unterstützung und Förderung von Aufklärungsprojekten und der Verbesserung des Beschwerdemanagements bei Diskriminierungen.

Laut Artikel 2 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen darf niemand wegen seiner sexuellen Orientierung benachteiligt werden. Vor

dem Hintergrund des Diskriminierungsverbots in der Verfassung des Freistaats Thüringen sowie dem Beitritt Thüringens zur "Koalition gegen Diskriminierung" ist die Thüringer Regierung verpflichtet, diskriminierungsabbauende Maßnahmen einzuleiten.

Für die Fraktion:

Rothe-Beinlich